Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Demokratische Bewegungen.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Visual Library

Staaten werden entweder eine Beute der Russen, oder sie lösen sich einzeln ab und treten dann in eine Föderativverbindung. Wenn das letztere nicht möglich ist — und es wird nicht möglich sein, wenn bis zu dem Termin, wo es eintritt, nicht die russische Macht bereits einen starken Stoß erlitten hat — dann kommt über die Griechen das Verhängniß, aus türkischen Unterthanen russische zu werden, und wir zweifeln doch daran, ob diese Veränderung ihrer Lage ihnen bequem sein würde. Zur Gründung eines neuen Kaiserthums auf den Trümmern eines alten gehört eine bestehende, kräftige Nationalität, wozu den unter dem Collectivbegriff „Griechen" zusammengefaßten Völkerschaften nichts weniger als alles abgeht.

Nachtrag. — Als wir obiges schrieben, war die nähere Erläuterung der russischen Note, die sachliche Beleuchtung der türkischen Forderungen, noch nicht bekannt geworden. Durch diese wird allerdings vieles geändert. Mit einer Offenheit, die in Mitte der allgemeinen Schwäche und Unbestimmtheit etwas Anerkennenswerthes hat, präcisirt Rußland seine Ansprüche, und indem es erklärt, daß diese in dem Wiener Notenentwurf im wesentlichen ihre volle Befriedigung gefunden haben, widerlegt es die Sophisten, welche mit diesem Entwurfe die gerechten Ansprüche der Türkei befriedigt sahen, und gibt den türkischen Staatsmännern vollkommen recht, die sich gegen Mißverständnisse zu wahren suchten. In jener Erläuterung ist das Maßloseste, was man bis jetzt hinter den russischen Forderungen vermuthete, nicht nur bestätigt, sondern übertroffen. Die Türkei wird zu einem Vasallenstaat erniedrigt, der, ganz nach der Auffassung der Wiener Correspondenz, für jeden Fußtritt, der ihm widerrechtlich gegeben wird, um Verzeihung bitten soll, damit die Ehre des russischen Kaisers nicht gekränkt werde. Wenn Reschid Pascha schon damals erklärte, kein türkischer Staatsmann könne sich soweit erniedrigen, eine so schimpfliche Note zu unterzeichnen, so ist es nach dieser Note noch unmöglicher geworden. Der Krieg scheint also — Dank der Aberdeenschen Weisheit! — unvermeidlich, und wir wollen es abwarten, ob sich die englischen Flotten wirklich dazu hergeben werden, die Büttel Rußlands zu spielen, um doch auch in dieser Beziehung das Beispiel eines andern Staats nachzuahmen, der 1851 so vielen Anstoß erregte.

Demokratische Bewegungen.

Wir haben vor einem Monat ein neu erschienenes geistvolles Werk über die „Realpolitik" mit großem Interesse besprochen; es ist seit der Zeit auch von den meisten übrigen Blättern nach Gebühr gewürdigt worden. Gegen unsere Kritik

hat sich nun Herr Diezel erhoben*), mit dem wir uns schon mehrfach beschäftigt haben. Diese Antwort veranlaßt uns zu einigen sachlichen Bemerkungen.

Leider müssen wir mit einer formalen beginnen. Wir hatten gefunden, daß jenes Werk das Princip der Gothaer Politik richtiger definirt, als es uns bisher vorgekommen war, und wir hatten zu begründen gesucht, daß der Verfasser, wenn er consequent dächte, in diesem Princip auch die Zukunft der deutschen Entwickelung sehen müsse. „Gegen eine solche Beleidigung, ja Verleumdung" glaubt Herr Diezel den Verfasser in Schutz nehmen zu müssen. Was soll man zu einer so einfältigen und lächerlichen Unverschämtheit eigentlich sagen? Abgesehn von dem Ton, der doch jetzt endlich aufhören sollte, ist das Unbegreifliche an dieser Großsprecherei eine Verwechselung, in welche die Demokraten, namentlich die süddeutschen, fortwährend verfallen.

Wenn sie nämlich von Gothaern sprechen, so meinen sie eine Anzahl von Individuen, deren Bekanntschaft sie in Frankfurt gemacht haben, und über deren Persönlichkeit und Benehmen sie ein ungünstiges Urtheil fällen. Wir dagegen sprechen von dem Princip, und der Verfasser der „Realpolitik" hat darin den ganz richtigen Unterschied gemacht. Wir urtheilen zwar über die Mitglieder der Frankfurter Majorität ganz anders, als die Demokraten, aber das ist uns Nebensache. Wenn sämmtliche Mitglieder jener Majorität Gottesleugner, Räuber, Mörder, Diebe, Ehebrecher, Memmen, Dummköpfe, Jesuiten, Sklaven, Verräther u. s. w. wären — wenigstens den größten Theil dieser Prädicate hat Herr Diezel bereits angewendet — so würde uns das zwar sehr leid thun, denn wir würden es vorziehn, die gute Sache auch durch würdige Männer vertreten zu sehen; aber wir würden sie als politische Partei dennoch unterstützen, so lange sie das nach unserer Ansicht richtige Princip vertreten. Herr Diezel irrt, und mit ihm die meisten Demokraten, wenn sie glauben, es käme uns auf die Persönlichkeiten an, und wir wollten immer dieselben Persönlichkeiten wieder vorschieben; uns kommt es gar nicht darauf an. Wenn die Partei sich aus andern Männern zusammensetzt, aus Herrn Diezel u. s. w., so soll es uns auch recht sein, sobald sie nur Garantie geben, daß sie unser Princip vertreten.

Aber über dieses scheint uns Herr Diezel noch im Unklaren zu sein, wie er denn auch die „Realpolitik" mißverstanden hat. Die „Realpolitik" hatte als principiellen Zweck der Gothaer Politik aufgestellt: „die Staatskräfte Preußens in den Dienst der Revolution zu ziehen, die organisirte preußische Macht zum Werkzeug der politischen Einigung Deutschlands zu machen," und wir hatten diese Definition vollkommen adoptirt. Herr Diezel mißversteht das nun so, wie

*) In der Zeitschrift „der Beobachter. Ein Volksblatt aus Schwaben. Redigirt von Kurz.", deren Bekanntschaft wir bei dieser Gelegenheit gemacht haben. Man hat uns dieselbe zugeschickt, und wir würden in ähnlichen Fällen für die gleiche Gefälligkeit stets dankbar sein.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

es, beiläufig, ein Theil unserer eignen Partei in Frankfurt mißverstanden hat, man solle von Frankfurt oder dem sonstigen Centralpunkt des deutschen Staats über die preußischen Streitkräfte verfügen, und mit ihnen u. a. Preußen selbst umwerfen. So hat z. B. das Stuttgarter Reichsregiment, um doch mit einem seltenen Hautgout der Possenhaftigkeit zu schließen, von Stuttgart aus Decrete an den General Prittwitz erlassen. — Wir meinen dagegen, daß in Preußen nicht der geringste andere Vorzug vor den übrigen deutschen Staaten liegt, als seine militärische und anderweitige staatliche Concentration, und wir formuliren also jene Definition bestimmter so: „auf die Regierung Preußens den Einfluß zu gewinnen, daß sie mit ihrer organisirten Staatsgewalt das Werk der Einigung Deutschlands ausführe, das von Seiten des nicht organisirten Volks entweder gar nicht, oder mit der Gefahr einer vorläufigen Wehrlosmachung Deutschlands, also, wie unsere Lage einmal ist, mit Gefahr unseres vollständigen Untergangs ausgeführt werden könnte." — Dieses Princip, zu dem sich die politische Partei nur allmälig hinarbeitete, haben wir als Kritiker von Anfang an mit Bewußtsein verfolgt; es ist aber nicht so neu, als Herr Diezel meint: er möge nur die Briefe von Paul Pfitzer aufschlagen, die in den ersten vierziger Jahren erschienen, und die ihm als Schwaben doch näher liegen sollten. Es ist vielmehr das klare, correct ausgesprochene Resultat der Traditionen des gesammten deutschen Liberalismus seit 1808. Wenn Herr Diezel dies Princip verwerflich findet, wir haben nichts dagegen, aber wenigstens kann er uns nicht vorwerfen, daß wir uns im Unklaren befänden über das, was wir eigentlich wollen. Für uns ist alles, was Preußens Concentration und Macht erhöht, wie unscheinbar es auch sei, z. B. der gegenwärtige Parlamentarismus, äußerst wichtig, von den Gegnern müßte es consequenterweise als verderblich für die Einheit Deutschlands bezeichnet werden, denn je stärker und concentrirter Preußen ist, desto größern Widerstand wird es einer unpreußischen Einigung Deutschlands entgegensetzen. Solche consequente Gegner, die wir in dieser Beziehung achten müssen, gibt es allerdings, z. B. Herr Wuttke, der bereits 1847 die constitutionelle Centralisirung Preußens als ein großes Unglück für Deutschland bezeichnete.

Allerdings sind wir 1848 bis 1850 in unsern Anstrengungen, Einfluß auf die preußische Regierung nach dieser Richtung hin zu gewinnen, gescheitert; möglicherweise durch unsere Fehler, und gegenwärtig stehn wir bei der preußischen Regierung in nicht viel anderem Credit, als die Demokraten. Worauf gründen sich also unsere Aussichten? Auch darauf hat der Verfasser der „Realpolitik" richtig geantwortet: auf die Nothwendigkeit im Verhängniß Preußens. Preußen kann den besten Willen haben, aus dem Wege, den ihm seine Traditionen und seine Lage vorschreiben, herauszugehen: es kann es nicht auf die Dauer! Es mag Hassenpflug zum Premierminister machen, es wird den großdeutschen Regierungen doch immer verdächtig bleiben, denn es ist ewig in der Lage, sich zu

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

vergrößern oder unterzugehen. Also unsere Zeit muß kommen. Nicht wir, die Männer von Frankfurt, von Berlin, Gotha, Erfurt u. s. w.; noch vielweniger wir vereinzelten Schriftsteller, auf die gar nichts ankommt, sondern wir, die Partei, die nicht stirbt, weil sie von einem Princip getragen wird, wir sind Deutschlands Zukunft. Es kommt uns nicht darauf an, ob Herr Camphausen oder v. Auerswald, oder v. Gagern preußische Minister sind; selbst wenn Herr v. Bismark-Schönhausen — wer steht für die Ironie der Weltgeschichte! — einmal durch die Nothwendigkeit der Lage dahin getrieben werden sollte, preußisch zu handeln, werden wir auf seiner Seite sein.

Herr Diezel meint, wir wünschten die Fusion mit den Demokraten. Wir haben uns im Gegentheil stets dagegen erklärt, denn wir trauen wenigstens dem intelligenteren Theil der Demokratie ein Princip zu, ein Princip, das von dem unsrigen abweicht. Aber wir haben eine loyale Haltung der Parteien gewünscht, einen neutralen Boden, auf dem man sich verstehen könnte. Das geschieht nur, wenn wir die Aufmerksamkeit von den Personen auf die Sache leiten. Es ist sehr löblich von Herrn Diezel, wenn er seine Parteigenossen darauf aufmerksam macht, daß wir mit England näher verwandt sind als mit Frankreich, daß wir aus der englischen Staatsentwickelung mehr lernen können als aus der französischen. Für uns ist das freilich nichts Neues, wir haben es seit Jahren gewußt und verfochten.*) Aber Herr Diezel fehlt dadurch, daß er fortwährend die Aufmerksamkeit wieder von den Sachen auf die Personen lenkt, und dabei einen ungezogenen und renommirenden Ton anschlägt, der seit einigen Jahren glücklicherweise in Vergessenheit gerathen war. Abgesehen von seiner Geschmacklosigkeit ist dieser Ton auch störend für die politische Entwickelung, weil er das Parteileben in unfruchtbare persönliche Reibungen herabdrängt.

Wochenbericht.

Bildende Kunst. — In Pompeji hat man kürzlich eine bemalte kolossale männliche Marmorstatue entdeckt, bei welcher die Farben noch ganz gut erhalten sind; ein sehr wichtiger und belehrender Fund für die Kenntniß der Anwendung der Malerei auf die bildende Kunst im Alterthum. Die Ausgrabungen in Herculanum werden regelmäßig, wie in Pompeji, nur in weit geringerem Umfange fortgesetzt, wobei in architektonischer Hinsicht wieder manche interessante Gegenstände zum Vorschein gekommen sind. —

*) Wenn wir die Politik des Aberdeenschen Cabinets angreifen, so ist es doch zu lächerlich, uns, wie Hr. Diezel thut, den Glauben an „den Verfall Englands" in den Mund zu legen. Wir wissen die augenblickliche Regierung vom Staat sehr wohl zu unterscheiden, was diejenigen nicht wissen, die mit Ollmütz Preußen aufgaben.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG